



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/106 - 9. Mai 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24891-33

Fernschreiber 0886890

Um Sein oder Nichtsein

sp- Als der britische Luftmarschall Earl von Banham vor fast zwei Monaten vor holländischen Journalisten erklärte, auf dem Boden der Bundesrepublik befänden sich Atombomben, konnte er den Sturm nicht voraussehen, den er damit ausgelöst hat. Seitdem kommt die zutiefst erschreckte deutsche Öffentlichkeit nicht mehr zur Ruhe. Hier handelt es sich im wahrsten Sinne des Wortes um eine Frage auf Leben und Tod. Die wiederholt bekundete Absicht des Bundeskanzlers und seines draufgängerischen Verteidigungsministers, auch die Bundeswehr mit atomaren Vernichtungswaffen auszurüsten, rief dann die Atomwissenschaftler auf den Plan; zwar wurden sie vom 61jährigen Kanzler wie Schulbuben abekanzelt, aber unsso aufrüttelt der wirkte ihre von ungeheurer Gewissensnot getragene Mahnung auf das deutsche Volk. Sie legte die politisch-moralische Substanzlosigkeit einer Regierung bloss, die zwar einen Sicherheitsmythos pflegt, aber bestrebt ist, die grausamen Tatsachen zu verschleiern. Eine "Verteidigung", die mit der totalen Vernichtung des eigenen Volkes zwangsläufig enden muss, hat ihren Sinn verloren. Wer dennoch daran festhält, treibt ein frevelhaftes Spiel mit der Zukunft und dem Glück der Menschen.

Heute will die Regierung nicht wahrhaben, was der Bundeskanzler am 5. April vor der Bonner Presse selbst verkündet hat:

"Taktische Atomwaffen sind heute beinahe normale Waffen. Sie sind im Grunde nichts anderes als eine Weiterentwicklung der Artillerie. Die Bundesregierung kann nicht anders handeln, als in Anbetracht der ständig weitergehender technischen Entwicklung auch die Bundeswehr mit solchen taktischen Atomwaffen auszustatten."

Was soll das deutsche Volk von einem Bundeskanzler halten, der Waffen von dem Zerstörungsgrad der Hiroshimabombe für "normal" hält, als eine Weiterentwicklung der Artillerie bezeichnet; in welcher Welt lebt Adenauer eigentlich? Kann er überhaupt die Wirklichkeit unseres Atomzeitalters noch erfassen?

Der CDU ist die kommende Atom-Debatte im Bundestag höchst unangenehm. Sie fürchtet das Offenbarwerden der Widersprüche, in die sie sich verstrickt hat, sie hat einen wahren Eiertanz aufgeführt, um dem Volk die furchtbaren Konsequenzen der Atomausrüstungspolitik zu verbergen. Sie möchte die Diskussion um die atomare Ausrüstung vom Wahlkampf fernhalten. Ein ungezügelter Wunsch.... Wo es um die wahre Sicherheit unseres zweigeteilten Volkes geht, kann und darf es kein Stillschweigen und keine Rücksichtnahme mehr geben. Die brennende Sorge um das Schicksal Deutschlands und Europas und nicht das Buhlen um die Gunst der Wähler hat die Opposition zu ihrer Grossen Anfrage über die Atompolitik der Regierung veranlasst. Ein Ausweichen wird der Regierung nicht gestattet sein.

* * *

9. Mai 1957

Mageres Ergebnis

sp- Das am Donnerstag Vormittag veröffentlichte Kommuniqué über die Besprechungen zwischen dem britischen Premierminister Macmillan und Bundeskanzler Dr. Adenauer enthält im Grunde genommen nichts, was nicht auch schon vor dem Besuch des englischen Gastes in der Bundesrepublik über die deutsch-englischen Beziehungen hätte gesagt werden können. Man betont, dass die Besprechungen "mit grosser Offenheit und Herzlichkeit geführt" worden seien und dass "die beiden Regierungschefs völlige Übereinstimmung in den Hauptzielen ihrer Politik" festgestellt hätten. Dazu gehöre die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den beiden verbündeten Nationen. Man will die Bemühungen der Vereinten Nationen und eine wirksam kontrollierte Abrüstung in allen Waffengattungen fördern, hält aber die Stärkung der bestehenden Verteidigungsorganisationen für notwendig, so lange der Sowjetblock nicht bereit sei, umfassende Abkommen zur Abrüstung abzuschliessen. Die NATO wird in dem Kommuniqué als "wirksames Mittel zur Abschreckung eines Aggressors" bezeichnet, und muss ein "genügend starkes Schild von Land-See- und Luftstreitkräften zum Schutze der Gebiete der Mitgliedstaaten besitzen".

Ansonsten wird in dem Kommuniqué betont, man sei einer Meinung darüber, dass sobald wie möglich eine Freihandelszone als Ergänzung zur europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gebildet werden müsse und dass es wünschenswert sei, die Vielfalt der bestehenden und geplanten europäischen Organisationen möglichst bald einfacher zu gestalten.

Die Wiedervereinigung Deutschlands erwähnt man am Schluss des Kommuniqués, ohne auch nur im entferntesten anzudeuten, wie man diese Wiedervereinigung zu erreichen gedenkt.

Das einzig Greifbare an diesem völlig nichtsagenden Kommuniqué ist eigentlich nur die Ankündigung, dass sich der Bundesverteidigungsminister demnächst auf Einladung der britischen Regierung nach London begeben wird, um Verteidigungsfragen von gemeinsamen Interesse zu erörtern...

Ebenso wie die Bonner NATO-Tagung ist also auch der Besuch des gewiss geschätzten britischen Gastes ohne jedes greifbare politische Ergebnis für die Bundesrepublik geblieben. Stellt man den die Eisenhower-Erklärung von Mittwoch gegenüber, so ergibt sich, dass die offiziellen Beteuerungen über die "Unabänderlichkeit" der westlichen Politik einfach nicht mehr mit den Realitäten in Übereinstimmung gebracht werden können.

* * *

9. Mai 1957

Jetzt deutscher Vorschlag zur Entspannung!

sp- Die Erklärung des Präsidenten Eisenhower, er werde jeden angemessenen Vorschlag zur Errichtung einer neutralen Zone in Europa, die östliche und westliche Gebiete einschliessen müsse, sorgfältig und mit Wohlwollen prüfen, hat am Mittwoch Abend die Gemüter des offiziellen Bonn in beträchtliche Erregung gebracht, zumal diese Meldung zuerst von der amerikanischen Nachrichtenagentur Associated Press (AP) verbreitet worden war. Etwas später hat dann die Deutsche Pressagentur (dpa) die gleiche Meldung in gemilderter Form ebenfalls durchgegeben. Dpa sprach von einer militärisch verdünnten Zone auf deutschem Gebiet, während die Korrespondenten der grossen deutschen Zeitungen beide Meldungen mit dem Hinweis ergänzten, Eisenhower habe erstmalig eine von der bisherigen amerikanischen Haltung abweichende Stellungnahme zum Eöen-Plan abgegeben.

Das offizielle Bonn war deshalb so sehr erregt, weil sich zur gleichen Stunde Bundeskanzler Dr. Adenauer und der englische Premierminister Macmillan anschickten, eine Erklärung über die angeblich unveränderte und unveränderliche Haltung der Westmächte auszuarbeiten.

Es bleibt sicher zunächst noch das Geheimnis Eisenhowers, was ihn gerade in diesem Augenblick veranlasst haben mag, eine derart wichtige Erklärung abzugeben. Rechnet er damit, dass die zur Zeit in London stattfindenden Abrüstungsverhandlungen nur zu einem Erfolg gelangen werden, wenn auch von amerikanischer Seite versucht wird, die bisherige Politik der Militärblöcke in Europa abzubauen? Oder wollte er vor aller Welt dokumentieren, dass die Vereinigten Staaten jede Chance auszunutzen bereit sind, um die Entspannung zwischen Ost und West zu fördern?

Unabhängig davon, wie die Beantwortung dieser Fragen ausfallen wird, stellt sich jetzt für die deutsche Bundesregierung die zwingende Aufgabe, mit neuen und eigenen Vorschlägen für eine wirkungsvolle Entspannungspolitik auf der Grundlage des wiedervereinten Deutschlands vor die Öffentlichkeit zu treten. Die Erklärungen Eisenhowers haben gezeigt, dass die Behauptung Adenauers und seiner Mitläufer falsch ist, in den USA gebe es keine Überlegungen für eine Veränderung der während des Korea-Krieges geborenen militärischen Blockpolitik.

Ein deutscher Regierungschef, der jetzt noch darauf beharrt, die von ihm für "unabänderlich" gehaltene Politik weiterzumachen, gerät in die Gefahr, früher oder später die Rolle eines europäischen Sygman Rhee oder Tschiangkaischek zu spielen. Das wäre für die betreffende Person vielleicht nicht sehr schlimm, für das deutsche Volk jedoch ein grosses Unglück.

Der Kampf um den "Kuchen"

Von H.G. Ritzel, MdB.

Mit sornrotem Kopf polemisierte in der ersten Sitzung des Bundestages zur Haushaltsberatung 1957 der Bundesfinanzminister Fritz Schäffer gegen den Antrag der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion auf Bereitstellung von ausreichenden Mitteln für die deutsche Kommission zur Förderung von Wissenschaft und Forschung. Die sehr sachliche und durchschlagende Begründung durch die sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Dr. med. Elinor Hubert hatte den Bundesfinanzminister in Rage gebracht. Er musste sich von dem Bundestagsabgeordneten der SPD, Professor Gülich, sagen lassen, dass er von der Natur mit einem ausgezeichneten Verstand ausgezeichnet worden sei, von diesem aber nur einen unbefriedigenden Gebrauch mache.

Der Beginn der Haushaltsberatung stand unter einem ungünstigen Stern. Es war charakteristisch für die Beurteilung des Parlaments durch den Bundeskanzler, dass er es nicht einmal für nötig gefunden hatte, sich rechtzeitig zu entschuldigen, trotzdem ihm bekannt war, dass sein Haushalt am Vormittag der ersten Etatdebatte zur Beratung kommen würde.

Ein Mammut-Haushalt

Der diesjährige Haushaltsplan war schon wiederholt Gegenstand öffentlicher Erörterungen. Bundesfinanzminister Fritz Schäffer hat es sich angelegen sein lassen, immer wieder den Eindruck eines bewilligungsfreudigen Parlaments zu erwecken. Ich habe es daher schon am ersten Tage der Haushaltsberatung für notwendig erachtet, in aller Öffentlichkeit festzustellen, dass der nach den Beschlüssen der Bundesregierung mit einer ersten Endsumme von 34,3 Milliarden DM abschliessende Haushaltsentwurf durch nachträgliche Beschlüsse der Bundesregierung in sogenannten Änderungs- und Ergänzungslisten um rund 3,1 Milliarden DM in seiner Endsumme erhöht wurde, so dass sich schon hieraus eine Endsumme aller Regierungsanträge von 37,4 Mrd. DM ergab. Der Bundesfinanzminister sah sich dann auch geneigt, dem Haushaltsausschuss ein Kränzlein zu widmen und ihm in öffentlicher Parlamentsitzung zu bestätigen, dass alle Fraktionen bemüht waren, den Etat auf einer erträglichen Höhe zu halten.

Dass Nachschiebelisten notwendig wurden, ist vor allem auf die Tatsache zurückzuführen, dass es das Bundeskabinett unterlassen hat, in den Haushaltsplan die Ausgaben einzustellen, die für die Saar erforderlich wurden, vom Haushaltsausschuss und vom Bundestag 10 Mio DM als Darlehen für die Saar zugunsten einer Finanzhilfe verlangt, ferner 54 Mio DM als allgemeiner Zuschuss zum Haushaltsplan des Saarlandes, weiterhin 49 Mio DM zugunsten eines neu zu gründenden Rechtsträgers der Steinkohlenbergwerke im Saarland und schliesslich 26 Mio DM zum Erwerb einer Beteiligung an den Saarbergwerken und für Investitionen innerhalb der Bergwerke.

Mehr als eine Milliarde DM erfordert die Deutsche Bundesbahn in diesem Jahr. Da auch hier die Bundesregierung nicht genügend Vorsorge getroffen hatte, steckte sie sich hinter die Fraktionen der CDU/CSU und einer der Abgeordneten dieser Fraktionen beantragte eine weitere Bundes-

Hilfe für die Bundesbahn von 300 Mio DM.

Das Verteidigungsministerium - ein Rühr-nich-nicht-an

Das Haushaltsgesetz des Deutschen Bundestages sieht erneut eine globale Kürzung aller dafür in Betracht kommenden sachlichen Titel von 5 % vor. Die Bundesregierung sieht aber nicht vor, etwa die Mittel des Verteidigungshaushaltes in diese Kürzung mit einzubeziehen. Die neun Milliarden DM, die dort verlangt worden, sind unberührbar. Auch die Mittel für die Geheimfonds bleiben unentwegt in dem Haushalt stehen. Alle Versuche der SPD, eine parlamentarische Kontrolle dieser Geheimfonds durchzusetzen, sind erneut zum Scheitern verurteilt. Der Etatentwurf kennt neben rund 7,5 Mio DM für Öffentlichkeitsarbeiten in Verteidigungsfällen (zu deutsch: für Propagandazwecke des Verteidigungsministeriums) folgende Geheimfonds:

Zur Verfügung des Bundeskanzlers zu allgemeinen Zwecken	DM 200.000.--
Zur Verfügung des Bundeskanzlers für Förderung des Informationswesens	11.500.000.--
Für allgemeine nachrichtendienstliche Ausgaben	4.900.000.--
Geheime Ausgaben des Auswärtigen Amtes	3.000.000.--
Für Zwecke des Verfassungsschutzes	4.300.000.--
Zur Verfügung des Bundesministers für Verteidigung	2.109.000.--

99 Generalstellen...

Wie schon erwähnt, ist der Haushalt des Bundesverteidigungsministeriums mit rd. neun Mrd. DM reich dotiert. Zwar sollen 1,2 Mrd. DM den NATO-Mächten, die Truppen in der Bundesrepublik unterhalten, zukommen, es verbleiben Herrn Strauss immerhin noch 7,8 Milliarden DM. Im Haushaltsausschuss gab es scharfe Auseinandersetzungen auch in bezug auf die dort vertretenen Personaltitel, u. a. hatte man dort 130 Generalstellen gefordert, deren Streichung von der SPD bestritten worden war. Immerhin verblieben noch 99 Generalstellen, so dass 31 gefallen sind. Neben den 7 800 Mio DM existieren Bindungsermächtigungen zur Erbauung von Kasernen, zur Beschaffung von Panzern, Flugzeugen, Munition in der Höhe von 15 Mrd. DM. Für diese Zwecke hat die Bundesregierung immer ausreichend Mittel bereitgestellt. Für die Bildungszwecke, die die SPD zur Errichtung neuer Hochschulen und der Förderung der Studenten verlangt hat, stehen keine Mittel zur Verfügung. Entsprechende Anträge der SPD wurden unter Führung der CDU in zum Teil kameralistischer Abstimmung bereits abgelehnt.

Einige Ansätze aus dem Verteidigungshaushalt sind von besonderem öffentlichem Interesse. Ich nenne: Allgemeine Bewilligungen 2 Milliarden 175 Mio DM, Kommandobehörden und Truppen 870,4 Mio DM, Kasernen etc. 1 Mrd. 471,7 Mio DM, Waffen und Munition 1 Mrd. 939 Mio DM, Schiffe

9. Mai 1957

493,7 Mio DM, Flugzeuge 602 Mio DM, Wehrersatzwesen 26,2 Mio DM.

500 Millionen Defizit der Bundesbahn

Im Haushalt des Bundesverkehrsministeriums, also in Reiche des Herrn Dr. Seehofer, tut sich auch einiges. Dort sind es nur 2,5 Milliarden DM und nicht neun Mrd. wie bei Herrn Strauss, aber es wäre schon ein Erfolg, wenn diese 2,5 Mrd. DM für Verkehrszwecke wirklich zur Verfügung stehewürden; das ist aber bei weitem nicht der Fall, denn rund 500 Mio DM stehen im ausserordentlichen Haushalt, deren Deckung niemand zusagen will. Die milliarden schwere Forderung der Bundesbahn ist wegen des fortgesetzten Defizits notwendig. Die Kostensteigerung der Sachausgaben und der Löhne der Bundesbahn brachte im Jahre 1956 ein Defizit von 530 Mio DM. Aus Bundesmitteln erhält die Bundesbahn zur Sicherung ihrer Liquidität 500 Mio DM, weiter ein Darlehen von 100 Mio DM und das Recht, die Beförderungssteuer von 320 bis 340 Mio DM zu behalten.

Für die Strassen stehen theoretisch 1,2 Mrd. DM zur Verfügung. Ein Teil des Betrages ist im ausserordentlichen Haushalt enthalten und die Frage ist, ob die Möglichkeit geschaffen werden kann, den ausserordentlichen Haushalt zu decken.

Hier ist eine der schlimmsten Sorgen des Bundestages gegeben. Auf die Bundesregierung ist in dieser Hinsicht kein Verlass, denn der Bundesverkehrsminister hat sehr selten oder keine Kraft, sich gegen den hartschlägigen Finanzminister durchzusetzen.

Die ausgebliebene Sozialreform

Im Arbeitsbereich des Bundesarbeitsministers Storch verzeichnet der Entwurf des Bundeshaushalts eine Gesamtausgabe von 8,8 Mrd. DM. Zum Arbeitsbereich dieses Ministeriums gehören die Behörden für Unfallversicherung in Wilhelmshaven, das Bundesinstitut für Arbeitsschutz in Koblenz, das Bundesarbeitsgericht in Kassel, das Bundesversicherungsamt in Berlin, das Bundessozialgericht in Kassel. Im Brennpunkt des öffentlichen Interesses steht die Sozialreform und die bei der Etatberatung neu zur Debatte kommende Kriegsopferversorgung, die Arbeitslosenhilfe, die betriebliche Altersfürsorge und die Sozialversicherung. Hätten der Bundeskanzler und der Bundesarbeitsminister ihre Versprechungen, die sie in bezug auf die Erhöhung der Sozialrenten seit 1950 abgegeben haben, schon damals eingehalten, dann hätten die Rentner in der Bundesrepublik seitdem nahezu 24 Mrd. DM Mehreinnahmen gehabt. Der Jahresmehraufwand für die erhöhten Sozialrenten beträgt 3,4 Mrd. DM.

Die Einnahmen des Bundes

Bundesregierung und Bundestag rechnen in diesem Jahre mit einer Zuwachsrate des Brutto-Sozialprodukts von etwa 13 %. Aus Besitz- und Verkehrssteuern erwartet der Bund 13,6 Mrd. DM, der Bundesanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer soll nahezu 5 Mrd. DM betragen, aus Zoll- und Verbrauchssteuern werden 8,3 Mrd. DM erwartet, aus Abgaben verschiedener Art 410,5 Mio DM und aus Lastenausgleichsabgaben 2,16 Mrd. DM. Wie diese Einnahmen neben den bereits geschilderten Ausgabeansätzen im weiteren verwendet werden sollen, bleibt einem besonderen Artikel vorbehalten.

* * *

- 7 -

9. 5.1957

Befriedungsmission

sp- Der äussere Anlass für die Rom-Reise des polnischen Kardinals Wysinski ist die Entgegennahme des seit 1953 für ihn vom Papst bereitgestellten Kardinalshutes und der Besuch bei den Gräbern der Apostel. Der Kardinal reist in Begleitung von drei polnischen Bischöfen, was wohl dafür spricht, dass sehr gewichtige Gründe die Gesprächsthemen mit der römischen Kurie bestimmen werden. Das eigentümliche Verhältnis zwischen dem polnischen Kommunismus und dem polnischen Katholizismus beansprucht die Phantasie, es ist diktiert von gegenseitiger Rücksichtnahme. Eine polnische Zeitung, die zu ihren Mitarbeitern auch den Kardinal zählt, setzt sich unentwegt für das "lebenswichtige Bündnis mit der Sowjetunion" und für die "unwiderrufliche Sozialisierung der wichtigsten Produktionsmittel ein", die kommunistische Regierung Gomulkas wiederum hob alle Beschränkungen aus der Stalinzeit für die katholische Kirche auf, sie geniesst eine für einen kommunistischen Staat ungewohnte Freiheit, von der sie weissen Gebrauch macht. Gomulka und der Kardinal sollen sich, wie es heisst, noch niemals Auge in Auge gegenübergestanden haben, aber beide Männer wissen nur zu gut, dass sie aufeinander angewiesen sind, soll Polen das Chaos erspart bleiben. So leisten sie sich gegenseitige Rückenstärkung, jeder achtet und respektiert den Bereich des anderen; im Zusammenwirken sichern sie so ihrem Land den inneren Frieden und bewahren es bewusst vor brudermörderischem Kampf.

Was sich zwischen dem polnischen sehr national gefärbten Kommunismus und der mächtigen katholischen Kirche seit den stürmischen Oktobertagen immer sichtbarer herausbildet, ist das Suchen nach und das Bemühen um eine Koexistenz. Die politische Grundhaltung, die mit diesem Begriff verbunden ist, jagt den Kreisen um den "Rheinischen Merkur" Schrecken ein. Sie können sich nicht ein Nebeneinander beider die Geschichte Polens prägender Kräfte vorstellen. Gewiss ist der polnische Katholizismus auch kämpferischer Natur und seine Führer sind nicht minder missionarisch als der Katholizismus in anderen Ländern; aber seine Eigenart besteht in der geschickten Anpassung an die politischen und sozialen Gegebenheiten. Die römische Mission des polnischen Kirchenfürsten - der Aufenthalt soll sich auf über einen Monat erstrecken - wird der Kurie ein Bild aus erster Hand über die Entwicklung in Osteuropa vermitteln und für den Vatikan eine einzigartige Gelegenheit sein, dieses grosse polnische Experiment von einem davon unmittelbar Beteiligten geschildert zu bekommen. Sicherlich schliesst diese Mission kreuzzugeähnliche Elemente aus; das verbietet schon die Persönlichkeit des Kardinals, der auf dem derzeit wohl wichtigsten Posten, den Rom zu vergeben hat, die natürlichen Spannungen zwischen einem nationalen Kommunismus und der Weltmacht Katholizismus für sich und seine Kirche auszutragen hat.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel